Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

An die Parlamentsdienste
zu Händen der Ratsleitung des
solothurnischen Kantonsrates

22. Mai 2007

Vernehmlassungen / Vernehmlassungsfristen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin
Sehr geehrte Herren Kantonsräte

Am vergangenen Mittwoch empfangen Sie uns –Landammann, Staatsschreiber– zu einer Aussprache in der Angelegenheit Vernehmlassungen / Vernehmlassungsfristen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Es ist eine allgemeine Tatsache, dass die der Vernehmlassung unterstellten Vorlagen immer komplexer, umfangreicher und –zeitweise auch– zahlreicher werden. Dass dies Ihre –mehrheitlich im Milizsystem organisierten– Sekretariate und Leitungsgremien besonders fordert, ist uns bewusst. Dennoch möchten wir auf das Instrument der Vernehmlassung nicht verzichten.

Selbstverständlich nehmen wir bei der Ansetzung von Vernehmlassungen Rücksicht auf die systembedingten Gegebenheiten, eine Regel, die sich aber leider nicht immer konsequent durchführen lässt. Bei der Ansetzung von Vernehmlassungsverfahren wird immer ein gewisser Ermessensspielraum offen bleiben, offen bleiben müssen. Anders kann den stets wechselnden Situationen des politischen Lebens nicht begegnet werden. Sei es, dass auf eine Vernehmlassung überhaupt verzichtet wird („Kann-Vorschrift“ in Art. 39 KV) oder sei es, dass die Vernehmlassungsfristen kürzer angesetzt werden müssen (Vgl. unsere Stellungnahme zur Kleinen Anfrage Manfred Baumann vom 14. August 2006, RRB 2006/1530). Immer bestehen dafür indessen gewichtige Gründe, Gründe, die wir, sollte es in Zukunft ausnahmsweise dazu kommen, Ihnen besonders darlegen wollen.

Anlass zur Aussprache vom 16. Mai hat namentlich die **Vernehmlassung über die neue Trägerschaft im Nationalstrassenunterhalt** gegeben. Unsere Meinung war es, mit dem hier angewandten Instrument der Vernehmlassungskonferenz Ihre administrativen Abläufe zu vereinfachen und damit die Fristverkürzung mindestens im Ansatz zu kompensieren. Offensichtlich hat dies nicht gereicht, weshalb das BJD bereit ist, Ihrem Gesuch um Erstreckung der Frist zur **Abgabe der schriftlichen Stellungnahme bis 10. Juni** zu entsprechen. Die Vernehmlassungskonferenz vom 25. Mai 2007, 14 h (Konferenz-

aal, 2. Stock Ambassadorshof W) wird hingegen durchgeführt. Ihre Stellungnahmen können Sie am 25. Mai mündlich oder schriftlich bzw. bis zum 10. Juni schriftlich abgeben, was das BJD allen Vernehmlassungspartnern speziell mitteilen wird.

Für die im Zusammenhang mit der erwähnten Vernehmlassung entstandenen Wirren entschuldigen wir uns in aller Form. Wir sind klar der Meinung, dass Ihre bei der Aussprache geäußerten Interessen Vorrang geniessen, wir müssen uns aber vorbehalten, in Ausnahmefällen, die wir speziell erläutern wollen, Abstriche davon zu machen.

Wir danken Ihnen und Ihren Gremien für die wertvolle Mitwirkung bei der öffentlichen Meinungsbildung und freuen uns auf eine weitere erspriessliche Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm
Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Kopien an RR, BJD